UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
APR 6 1939

Erste Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Sonnabend, 11. März	Nr. 372

Die Aufbauarbeit in der Ostmark.

Wien, 11. März. Anläßlich des bevorstehenden Jahrestages der Rückgliederung Oesterreichs in das Reich hatte ein Vertreter des **Deutschen Nachrichtenbüros** Gelegenheit, sich mit Reichskommissar Gauleiter Bürckel über die im letzten Jahr mit größtem Erfolg durchgeführte Aufbauarbeit in der Ostmark zu unterhalten.

Bürckels Dienststelle befindet sich im ehemaligen Parlament. Aus einer Stätte des demokratischen Leerlaufes ist das Hauptquartier eines planvollen und zielsicheren Kampfes um eine wirtschaftliche und völkische Gesundung des Deutschtums in der Ostmark geworden.

Die Rückgliederung eine Frage der Menschenführung.

Bürckel, der durch seine energische Arbeit schon beim Saarkampf dem Reich wertvolle Dienste leistete, umriß in großen Linien die Gesichtspunkte, von denen er sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben leiten ließ.

„Die Rückführung Oesterreichs in das Reich", so erklärte der Gauleiter, „war in erster Linie eine Frage der Menschenführung. Nicht der Boden und nicht die Fragen der Wirtschaft standen im Mittelpunkt unseres Kampfes, sondern der arbeitende Mensch, dessen saubere Gesinnung uns mehr interessierte als alles andere. Wir wollten aus dem schlechtbezahlten und unterernährten Wiener Arbeiter, der im Grunde seines Wesens aber anständig, fleißig und gut deutsch ist, wieder einen zukunftsfrohen Menschen machen, das war das wichtigste!

Klare Preispolitik.

„Freilich erforderte das gewisse reale Voraussetzungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art. Und so kamen wir von selbst zu einer sehr klaren Preispolitik in der Ostmark. Im allgemeinen lagen die Preise hier weit über dem Reichsniveau.

„Wir waren nach einiger Zeit deshalb gezwungen, im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Wagner, eine umfassende Preissenkung durchzuführen. Allerdings machten wir daraus keine groß aufgezogene Polizeiaktion, sondern appellierten an die Gesinnung und guten Tugenden des ehrbaren deutschen Kaufmanns. Die Kameradschaft zwischen Käufer und Verkäufer wurde proklamiert. Denn Preispolitik ist in erster Linie eine Charakterfrage.

„Heute schon können wir feststellen, daß unsere Arbeit bezüglich der Angleichung der Preise an das Reichsniveau erfolgreich war. Wir beschäftigten uns insbesondere auch mit der Frage der Handelsspanne und führten ein übersichtliches Kalkulationssystem ein. Durch die berechtigte Senkung der Handelsspannen kamen wir zu vernünftigen Preisermäßigungen bei Schuhen, Textil- und Wirkwaren, weiter bei Möbel- und Haushaltungsgegenständen. Damit wurde auch eine Lücke im Preisstopgesetz geschlossen.

„Sehr wichtig war auch Verbilligung der mittleren Hotelzimmerpreise bis zu 25 v. H., denn dadurch wurde ein weiterer großer Anreiz zur Steigerung des Fremdenverkehrs geschaffen. Heute können wir feststellen, daß wir durch alle diese Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ganz neuen vielversprechenden Methoden gekommen sind, die Allgemeingültigkeit beanspruchen dürfen.

„Denn es ist doch nicht so, daß wohl für das allgemeine politische Leben das Gesetz der Gemeinschaft und soziale Verpflichtung gilt, daß aber für die Sphäre der Wirtschaft und der Sozialpolitik der Standpunkt des Großverdieners und des Geldbeutels Gültigkeit haben soll. Eine Haltung, die solchen grundsätzlich verschiedenen Gesetzlichkeiten und einer doppelten Moral folgt, ist bis ins innerste verlogen. Sie ist liberalistisch, ja noch mehr, sie ist jüdisch.

Lösung der Judenfrage.

„Indem wir diese Moral beseitigten, schufen wir nicht nur die Voraussetzungen einer sozialen Gerechtigkeit, sondern lösten gleichzeitig noch ein anderes Problem, nämlich die Judenfrage und die Beseitigung des jüdischen Geistes in allen seinen Erscheinungsformen. Die Verjudung Oesterreichs zeigte sich bei meinem Amtsantritt in erschreckendem Ausmaß. In Oesterreich hatten die Juden über zwei Milliarden Reichsmark Besitz und Vermögenswerte in Händen. Mancher Wirtschaftszweig gehörte ihnen hundertprozentig.

„Das bedeutete für einen so kleinen Staat wie Oesterreich die völlige Abhängigkeit von internationalem Finanzkapital jüdischer und deutschfeindlicher Prägung. Und weiter hieß das bewußte Verelendung und kommunistische Verhetzung der arbeitenden Massen. Die ganzen gegen den Anschluß gerichteten Kräfte haben sich auf dieser Ebene gefunden. Schuschnigg stützte sich zuletzt in der Hauptsache auf den politischen Katholizismus, auf die deutsch-feindliche Hochfinanz des Auslandes und auf den Marxismus.

„Das heißt mit anderen Worten, der österreichische Staat vegetierte auf Kosten der bewußten Verelendung des arbeitenden Volkes. Wollte man das politische System in Oesterreich beseitigen, dann mußte man auch der sozialen Verelendung endlich zu Leibe rücken.

„Sie sehen, der Erfolg hat unsere Methoden bestätigt. Ich möchte Ihnen hier nicht all die Ziffern nennen, die das veranschaulichen. Es genügt, auf das fast restlose Verschwinden der 650000 Erwerbslosen Oesterreichs, auf das sprunghafte Ansteigen der Eheschließungen und Geburtenziffern, auf die sofortige Einstellung aller Zwangsversteigerungen und auf den erhöhten Konsum von Lebensmittel aller Art hinzuweisen.

„Dem Arbeiter geht es wieder besser. In Wien, früher der Stadt mit der größten Selbstmordziffer in Europa, hat allein im letzten Viertel des vergangenen Jahres die Zahl der Eheschließungen um 243 v. H. zugenommen."

Auf die Frage, ob Wien in Zukunft noch besondere Aufgaben habe, erklärte Reichskommissar Bürckel:

„Wien wird in Zukunft eine in jeder Hinsicht interessante Stadt sein. Denn es ist wie keine andere Stadt berufen, als geistiges, wirtschaftliches und politisches Tor Großdeutschlands nach dem südöstlichen Raum seine besondere Funktion zu erfüllen."

Großkundgebung mit Cianetti in Aussig.

Aussig, 10. März. Auf seiner Fahrt durch das sudetendeutsche Land traf der Präsident der italienischen Industriearbeiterverbände, Cianetti, Freitagnachmittag in Teplitz-Schönau ein, wo er von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley begrüßt wurde. Nach einer gemeinsamen Mittagstafel wurde die Fahrt nach Aussig fortgesetzt, wo am späten Nachmittag eine Großkundgebung stattfand, bei der den sudetendeutschen Arbeitern die von italienischen Arbeitern gestiftete Hakenkreuzfahne übergeben wurde.

Die Betriebe hatten ihre Tore geschlossen und schon früh begann der Aufmarsch zu einer der gewaltigsten und bedeutungsvollsten Kundgebungen, die jemals in den Mauern der alten Elbestadt abgehalten wurden. 70 000 jubelten Dr. Ley und seinem Gast zu, als sie auf der Tribüne erschienen.

Auf dem Kundgebungsplatz wurden Dr. Ley und sein Gast zunächst vom Regierungspräsidenten, Gauleiter a. D. Hans Krebs, begrüßt. Nach dem stellvertretenden Gauleiter Karl Hermann Frank sprach dann Präsident **Cianetti.** Er betonte:

„Im Namen und im Auftrage meines Duce bin ich mit meinen italienischen Kameraden zu Euch gekommen, um einen feierlichen Brauch des Glaubens, der Treue und der Freundschaft zu vollziehen. In dieser den spontanen Gefühlen der italienischen Arbeiter entsprungenen Willenskundgebung sollt Ihr den Ausdruck unserer Zuneigung und unserer unverbrüchlichen Verbundenheit erkennen.

„Im vergangenen September wurde unter dem Zeichen des Sudetenlandes die Freundschaft Italiens und Deutschlands gehärtet. In diesem Gedanken, mein lieber Dr. Ley, überreiche ich Ihnen diese Fahne, die von unseren Arbeitern und von unseren Frauen gefertigt wurde. Und ich wünsche diesem Symbol des Glaubens, der Treue und der Freundschaft alles, was man überhaupt einem Banner wünschen kann.

Als der Jubel nach den Worten des Präsidenten Cianetti verklungen war, trat **Dr. Ley** an das Mikrophon und feierte den 120-Millionen-Block der Achse, der sich zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen hat.

Slowakische Kreise brandmarken den Prager Rechtsbruch.

Preßburg, 11. März. Am Freitagnachmittag erfolgte vor dem Gewerbehaus ein Zusammenstoß zwischen tschechischer Exekutive und Hlinka-Garde. Es fielen mehrere Schüsse, durch die zwei Angehörige der Hlinka-Garde verletzt wurden.

Der **Slovak**, das offizielle slowakische Organ, vom Freitagabend ist beschlagnahmt worden. Er enthielt u. a. die Feststellung, daß die Nachricht von den Prager Maßnahmen in der Slowakei wie eine Bombe eingeschlagen habe. Die Slowaken hätten den ungebrochenen Willen, nicht einen Schritt von ihrem Recht nachzugeben und ihre weiteren Taten auf das eine Ziel zu richten, das heiße „die Freiheit des slowakischen Volkes".

Diese Freiheit sei keine Angelegenheit, mit der jeder spielen könne; gerade deshalb protestiere das slowakische Volk gegen die willkürlichen Eingriffe des Militärs, denn diese seien ohne Wissen und Zustimmung der rechtmäßigen slowakischen Regierung erfolgt.

„Unsere Vertreter werden in der entsprechenden Form Protest einlegen. Wer unsere Rechte verletzt, der bricht das Verfassungsgesetz, in dem die slowakische Autonomie garantiert ist. Weder ein Putsch noch andere Gewalttaten werden uns einschüchtern können!"

Sidor und Sokol trafen am Freitagabend in Preßburg ein. In den späten Abendstunden verschärfte sich die Lage in Preßburg immer mehr. Hlinka-Gardisten muß es gelungen sein, aus der Umgebung Preßburgs in die slowakische Hauptstadt hereinzukommen, denn die Ansammlungen vergrößerten sich von Stunde zu Stunde. Auch bewaffnete Abteilungen traten immer mehr in Erscheinung.

In Käsmark nahm das Militär Verhaftungen unter den Amtswaltern der Deutschen Partei vor. Die deutsche Bevölkerung von Käsmark wird durch tschechisches Militär in schwerster Weise drangsaliert.

Von maßgebender slowakischer Seite wird zur Rechtslage erklärt, die klare Fassung des Autonomiegesetzes bestimme, daß eine slowakische Regierung, solange sie das Vertrauen des Landtags genieße, die legale Regierung, insbesondere auch gegenüber der Prager Zentralregierung ist.

Der slowakische Landtag habe der Regierung Tiso am 23. Februar einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und damit einen verfassungsmäßigen Akt gesetzt, der von der Prager Regierung zu respektieren sei. Tue sie dies nicht, so handele sie rechtswidrig. Eine etwaige Umbildung der slowakischen Landesregierung habe gemäß dem Einführungsgesetz zum Autonomiegesetz derart zu erfolgen, daß zunächst der Landtag ein Mißtrauensvotum beschließe, oder die Regierung von sich aus zurücktrete.

Die Neubildung der Regierung habe Vorschläge des Präsidiums des Landtages zur Voraussetzung, die dann vom Präsidenten der Republik unter Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten anerkannt würden. Der gegenzeichnende Ministerpräsident müsse jedenfalls das Vertrauen des Landtages genießen.

Insoweit diese Grundsätze nicht beachtet wurden, handle es sich um einen Versuch, die klaren Bestimmungen der Verfassung zu durchbrechen und dem slowakischen Landtag die ihm zustehenden Rechte zu nehmen.

In den späten Nachmittagsstunden setzten sich die slowakischen Studenten gewaltsam wieder in den Besitz des Studentenheimes, das am Vormittag von tschechischer Gendarmerie besetzt worden war. In den Kasernen halten sich starke Aufgebote bereit.

Marty als Massenmörder angeprangert.

Paris, 10. März. Im Verlauf der Kammersitzung, in der es zu außerordentlich heftigen Zusammenstößen zwischen der Rechten und Linken kam, machte der Abgeordnete **Ybarnegaray** höchst bemerkenswerte Ausführungen über das internationale Verbrechertum, das jetzt als Spanienflüchtlinge dem französischen Volk zur Last fällt.

Er nannte die Verteidiger Rotspaniens eine Bande von Verbrechern, Brandstiftern, Dinamiteros und Mördern, Diese unerwünschten Elemente trieben ihr Unwesen in Frankreich genau so weiter, wie früher in Spanien. Das Problem der inneren Sicherheit Frankreichs sei gestellt.

Es gebe zu viele unter den Flüchtlingen, die niemals nach Spanien zurückkehren wollten, vor allem die gemeinen Verbrecher und die 9000 üblen Patrone der Internationalen Brigade, die gerne in Frankreich bleiben möchten. Von allen Seiten der Bevölkerung liefen schon Klagen gegen diese Elemente ein. Die gefährlichsten Mörder hätten sich in den Bergen versteckt; sie müßten sofort verhaftet werden.

Die 9000 Mann der Internationalen Brigade seien von einem starken Haß gegen die französischen Soldaten erfüllt; zu ihnen gehöre der kommunistische Abgeordnete Marty.

Ybarnegaray betonte, daß er früher Marty nicht angegriffen habe, da er seine Aktivität in Spanien nicht kannte. Man kenne jetzt die Rolle, die Marty bei der Bildung der Internationalen Brigade gespielt habe; darum erhebe sich jetzt für das französische Parlament die Frage, ob Marty noch weiter Abgeordneter sein könne.

Der Abgeordnete **Henriot** erinnerte daran, daß Marty, der unter der Bezeichnung „Massenschlächter von Albacete" an Verhandlungen über den Austausch von Geiseln teilgenommen habe, während diese von rotspanischen Bluthunden schon ermordet gewesen seien. Die Mörder des Bischofs von Teruel und von 41 nationalspanischen Gefangenen beklagten sich noch darüber, daß man sie in Frankreich nicht rücksichtsvoll genug aufgenommen habe.

Der Redner kam dann zu dem Fall der Erschießung des französischen Offiziers Dalasalle und las zur Bekräftigung seiner Anklagen gegen Marty aus einem in Madrid veröffentlichten Buch vor, das den Titel trägt „Offizielle Geschichte der 14. Internationalen Brigade" und in dem Kommunist Marty als Heros der Meuterei der französischen Flotte im Schwarzen Meer während des Weltkrieges bezeichnet wird.

Man erhalte aus diesem Buch eine Reihe von Einzelheiten über die Organisation der internationalen Brigaden, die sich unter der Kontrolle Martys in seiner Eigenschaft als „Generalinspektor" der kommunistischen Brigaden befanden. Dem Buch zufolge sei ein „Major Dupont" von der 14. Internationalen Brigade wegen „Mißerfolges eines Angriffes" auf Eingreifen Martys zum Tode verurteilt und füsiliert worden. Dieser Offizier sei in Wirklichkeit Major Dalasalle gewesen, der früher der französischen Spionageabwehrorganisation angehört habe.

Henriot berichtete weiter von einer Versammlung von Vertretern der internationalen Brigaden in Paris unter Beteiligung kommunistischer Abgeordneter, die die Entsendung eines kommunistischen Abgeordneten nach Rotspanien beschlossen habe.

Ferner unterrichtete er die Kammer von dem Schicksal von weiteren 67 Gefangenen, darunter 12 Franzosen, die am 19. Januar in Barcelona befreit werden sollten, jedoch von Marty in das Gefängnis geworfen wurden. Einige Tage später seien sie zu Zwangsarbeiten abkommandiert worden. Drei von diesen Franzosen sei es gelungen, die französische Grenze zu erreichen, die übrigen neun hätten vergeblich auf Marty gerechnet. Ueber ihr Schicksal wisse man seither nichts mehr.

Henriot erklärte, daß Marty in einer ausländischen Armee gedient habe und damit die Eigenschaft als französischer Bürger verloren habe. Er stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man unter diesen Umständen dulden könne, daß Marty weiter die Eigenschaft als Abgeordneter und Vertreter des französischen Volkes bekleide.

1000 Funktionäre flohen nach Bizerta.

Paris, 10. März. An Bord der rotspanischen Flotte, die sich in den tunesischen Hafen von Bizerta geflüchtet hat, befanden sich 4130 Personen, darunter 3008 Besatzungsmitglieder. Die übrigen Flüchtlinge setzen sich in erster Linie aus rotspanischen „Beamten" zusammen.

Sie haben angeblich erklärt, daß sie sowohl dem Kommunismus, was wohl neueren Datums ist, als auch General Franco, was bekannt war, feindlich gesinnt seien.

Jüdischer Reinfall in den Vereinigten Staaten.

New York, 11. März. Die Geschlossenheit und Disziplin der am 20. Februar in New York abgehaltenen Massenversammlung des amerika-deutschen Volksbundes hat den Juden keine Ruhe gelassen. Nachdem die unmittelbaren Störungen und Provokationen die Versammlung nicht hatten beeinträchtigen können, griffen die Juden zu Anschwärzungen bei den Behörden.

Damit erlebten sie jedoch einen weiteren Reinfall. Denn nach Prüfung von etwa 100 derartigen „Beschwerden" entschied am Freitag das Justizministerium, daß die in der Kundgebung gehaltenen Reden der legalen Ausübung der Redefreiheit entsprächen. Es lägen keine Beweise dafür vor, daß die Versammlung irgend welche Gesetze verletzt habe.

Mexiko löst seine Botschaft in Spanien auf.

Paris, 10. März. Wie **Havas** berichtet, hat die mexikanische Regierung beschlossen, ihre Botschaft in Spanien, die seit einiger Zeit in Perpignan (Frankreich) eingerichtet war, aufzulösen.

Es wird betont, daß diese Entscheidung noch keineswegs bedeute, daß Mexiko seine Haltung gegenüber der Franco-Regierung geändert habe.

Palästina-Freischärler in Transjordanien.

Beirut, 10. März. Nachrichten aus Transjordanien zufolge haben Freischärler Palästinas in größerer Zahl die Polizeistation Sammar (Transjordanien) angegriffen und nach kurzem Gefecht genommen, wo sie Gewehre und Munition erbeuteten.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.